

Die »politische Kultur« einer Nation wird durch die in der Gesellschaft dominanten Einstellungen, insbesondere durch politische und religiöse Überzeugungen, wirtschaftliche Interessen sowie Traditionen geprägt. In diesem Sinne beschrieb eine in den siebziger Jahren viel gelesene »Politische Landeskunde« die politische Kultur Frankreichs wie folgt: »Verhaltensweisen, Denkkategorien und Wertvorstellungen als Ergebnis gemeinsamer geschichtlicher Erfahrung, gemeinsamen kulturellen und zivilisatorischen Erbes sowie gleichorientierter Erziehung in Schule und Elternhaus schlagen sich in den politischen Gruppierungen Frankreichs, in Verfassung und Staat, in Wirtschaft und Außenpolitik nieder.«¹ Auch neuere Untersuchungen belegen, dass Werten wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität große Bedeutung beigemessen wird.²

In nahezu allen Befragungen der Franzosen antworteten regelmäßig vier Fünftel, sie seien stolz darauf, Franzosen zu sein.³ Diese hohe Zustimmung ist ein Bekenntnis zur französischen Nation.⁴ Ihr anzugehören kommt nach der berühmten Formulierung des französischen Religionswissenschaftlers *Ernest Renan* vom Jahr 1882 einem »tagtägliches Plebiszit« gleich. In den Worten der Soziologin *Dominique Schnapper* »[ist] man Franzose durch Gebrauch einer Sprache, durch das Lernen einer Kultur, durch den Willen, am wirtschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen.« Gefragt nach den Symbolen, Werten und Einrichtungen, welche die Nation am besten versinnbildlichen, nannte eine Mehrheit die Trikolore gefolgt vom sozialen Sicherungssystem und der Marseillaise als Symbole der Einheit. In einer Umfrage aus dem Jahr 2002 bekundeten nahezu zwei Drittel ihr Vertrauen in die Republik. »Als Verteidigerin der Freiheiten« wurde sie als die beste Staatsform angesehen.⁵ Der Historiker und Mitglied der *Académie française*, *Pierre Nora*, brachte das Bekenntnis zur nationalen Identität auf den Punkt: »Die Franzosen wollen nicht mehr für das Vaterland sterben, aber sie lieben es. [...] Nicht Frankreich ist ewig, aber das Französischsein (la francité).«⁶ Bei einer Um-

frage nach den Anschlägen auf das Satireblatt »Charlie Hebdo« im Januar 2015 antworteten 83 Prozent »Frankreich ist eine Republik, wo jeder das Recht zur Meinungsäußerung hat, selbst wenn dies Minderheiten missfällt.«⁷

Überhaupt werden die Ideale der Französischen Revolution, vor allem »Freiheit« und »Gleichheit«, nahezu einstimmig als diejenigen angesehen, die am besten die Wertschätzung der Republik ausdrücken. Diese Werte, das Leitbild der »einen und unteilbaren Nation« (Artikel 1 der Verfassung) und das Prinzip der Laizität (siehe unten) sind die Grundpfeiler der nationalen Identität. Allerdings zeigen jüngere Umfragen nach den islamistischen Terrorattentaten im Jahr 2015, dass für eine Mehrheit der Befragten »die Werte des Islam mit den Werten der Republik inkompatibel [sind].«⁸

Der Nationalstolz der Franzosen geht mit zweierlei Grundhaltungen einher: dem Vertrauen in die politischen Institutionen einerseits und einer tiefen Skepsis gegenüber dem als anonym und allzu mächtig empfundenen Staat andererseits.

Den Institutionen der V. Republik bescheinigt eine eindeutige Mehrheit der Befragten seit langem, dass sie gut oder ziemlich gut funktionieren. Auch die Frage, ob man »Vertrauen« in die Staatsorgane habe, wird mehrheitlich bejaht. Besonders die Spitzen der nationalen Exekutive und die Nationalversammlung genießen in der Regel als Institutionen eine relativ hohe Wertschätzung.

Handelt es sich um Einrichtungen oder Personen, mit denen die Bürger laufend in Berührung kommen (Gemeinde- und Departementräte sowie Bürgermeister), dann fällt die Zustimmung noch höher aus (66 Prozent bei örtlichen Mandatsträgern, 51 Prozent bei den Departement- und 42 Prozent bei den Regionalräten). Je stärker die Bürger mit lokalen Mandatsträgern in Kontakt kommen, desto größer ist ihr Vertrauen. Auch Armee und Polizei genießen eine hohe Wertschätzung.

In krassem Widerspruch dazu begegnen die Befragten nationalen Politikern (»les hommes politiques«) und politischen Parteien mit Abneigung. Seit den achtziger Jahren überwiegen negative Urteile. So bekundeten Ende 2014 89 Prozent – ein Anstieg um acht Prozentpunkte gegenüber 2009 –, die Politiker kümmernten sich nicht um die Bedürfnisse der Bevölkerung.⁹ Diese weitgehend negative Einschätzung zeigte sich 2015 darin, dass nur noch 42 Prozent Abgeordneten der Nationalversammlung Vertrauen schenkten.¹⁰ Diese pessimistische Grundhaltung spiegelt sich auch in den »Vertrauenswerten« für die Spitzen des Staates wider. Weder dem rechten Staatspräsidenten *Sarkozy* noch seinem linken Nachfolger *Hollande* »vertrauten« die Franzosen. Über zwei Drittel glaubten nicht, führende Vertreter der Republik könnten die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Probleme des Landes lösen. *Pascal Perrineau*, Forschungsdirektor am Pariser Institut politique, fasste diesen Pessimismus mit den Worten zusammen: »Nicht nur sehen sich [die Franzosen] in einem Tunnel; sie sind auch überzeugt, dort lan-

ge verharren zu müssen.«¹¹ Die französischen Jugendlichen sind weltweit eine der pessimistischen Gruppen: Nur 17 Prozent, so eine Befragung aus dem Jahr 2011, sind der Meinung, die Zukunft ihres Landes entwickle sich positiv.¹²

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass im Jahr 2015 67 Prozent der Befragten eine »Technokraten-Regierung« bevorzugten, um den Staat von Grund auf zu reformieren. Allein nichtgewählte Experten könnten längst überfällige, unpopuläre Maßnahmen treffen, um den weiteren wirtschaftlichen Niedergang zumindest aufzuhalten, günstigen Falls auch umzukehren.¹³

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts verstärkte sich der Eindruck, dass die alte ideologische Rechts-Links-Spaltung in der französischen Gesellschaft nur noch eine geringe Bedeutung hat.¹⁴ »Die großen ideologischen Kriege sind vorbei«, stellten *Bréchon* und *Schweisguth* für den Zeitraum 1980 bis 2000 fest.¹⁵

Nach der Präsidentenwahl 2007 konstatierten etliche Kommentatoren einen »strukturell konservativen Charakter der französischen Gesellschaft«. Zwei Drittel der Franzosen – so die Ergebnisse eines Forschungsprojekts des Pariser Institut politique – identifizieren sich mit konservativen Werten.¹⁶ Die Präsidentschaftskandidaten *Ségolène Royal* und *Nicolas Sarkozy* versuchten 2007, die Wähler mit konservativen Akzenten in ihren Programmen anzusprechen. Drei von fünf Franzosen haben weder in eine linke noch rechte Regierung hinreichend Vertrauen, das Land regieren zu können.¹⁷

Marine Le Pens Achtungserfolg bei der Präsidentschaftswahl 2012 unterstreicht den Rechtstrend in der französischen Gesellschaft. Der linke Wahlsieger *François Hollande* verdankte seinen Erfolg in der Stichwahl dem »Anti-Sarkozy-Referendum« und nicht seinem Programm.

So zufrieden die überwiegende Mehrheit mit den von *de Gaulle* geschaffenen Institutionen auch ist, so zwiespältig ist letztlich ihr Verhalten gegenüber dem Staat. Dieser ist Ausdruck einer jahrhundertlang gewachsenen Zentralgewalt, die sich als »Hüter des Gemeinwohls« versteht und in dieser Eigenschaft über der Gesellschaft steht. Deshalb begegnen viele Franzosen dem Staat mit Misstrauen. Ebenso viele sehen in ihm einen Motor des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels, der den Bürgern in den »dreißig goldenen Jahren« nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein hohes Maß an Wohlstand beschert hat. Bedingt durch die seit Anfang der achtziger Jahren andauernde Wirtschaftskrise mit einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit ist dieses »modèle français«, diese Form des Sozialstaates mit dem »Glauben an die Lösungskompetenz und Handlungsfähigkeit des Staates«¹⁸ zweifellos stark erschüttert.¹⁹ Dennoch bleibt die fast mystische Erwartung an die Problemlösungsfähigkeit des Staates ungebrochen.

Für den ehemaligen Justizminister und Präsidenten des Verfassungsgerichts, *Robert Badinter*, »beherrscht der Staat immer noch unser Denken. Von der extremen Linken bis zur extremen Rechten denkt man in Kategorien der Staatsmacht.

Der Staat soll der mächtigste Akteur, Heilmittel für alle Übel und letzte Instanz bleiben. [...] Meine sozialistische Familie ist immer noch vom Marxismus geprägt: Ein Staat, der eine Vorreiterrolle übernimmt, kann die Gesellschaft verändern.«²⁰

Die Ausübung des Wahlrechts wird als Handhabung eines Freiheitsrecht verstanden, so dass besonders in Zeiten politischer Richtungsentscheidungen seit Ende der 80er Jahre ein hoher Partizipationsgrad erreicht wird, selbst wenn dieser bei Parlaments- und Regionalwahlen rückläufig ist. Die Teilnahme an Präsidentschaftswahlen ist ein »Muss«. So erklärten wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl 2007 79 Prozent, sie würden auf jeden Fall ins Wahllokal gehen. Tatsächlich lag die Wahlbeteiligung am 22. April 2007 bei 83,8 Prozent. Vergleichbare Beteiligungswerte konnte die nächste Präsidentschaftswahl fünf Jahre später verzeichnen.

Auf der anderen Seite zeichnet sich Frankreich durch ein im internationalen Vergleich äußerst geringes Engagement in Parteien und Verbänden aus. So waren lediglich 1,7 Prozent der Wahlberechtigten Mitglied in einer politischen Partei und nur knapp neun Prozent gehörten einer Gewerkschaft an. Ein wesentlicher Grund für das geringe Engagement in den intermediären Organisationen ist ihr Mangel an Glaubwürdigkeit. Der französische Politikwissenschaftler *François Goguel* machte als Grund aber auch den ausgeprägten Individualismus der Franzosen geltend, der diese hindere, sich der Disziplin von Parteien oder Gewerkschaften zu unterwerfen.²¹

Die politischen Parteien liegen neben den Medien am untersten Ende der Glaubwürdigkeitsskala: Nur neun Prozent der Befragten »vertrauten« ihnen; bei den Medien waren es lediglich 25 Prozent. Aber auch den Gewerkschaften bekundeten drei Viertel, sie hätten kein Vertrauen in die Arbeitnehmer-Interessenvertretungen.

Die Haltung der Franzosen zur Frage, ob die Demokratie in ihrem Land gut funktioniert, hat sich seit Anfang des Jahrhunderts verändert. Zwar betonten im Jahr 2015 89 Prozent, die Demokratie sei eine »gute Sache«, um Frankreich zu regieren. Aber nur 27 Prozent waren der Meinung, sie funktioniere gut – der niedrigste in jüngerer Zeit gemessene Wert. Die allgemeine Unzufriedenheit gründet sich auf die Einschätzung, dem demokratischen System gelinge es nicht, die »Ordnung« im Land aufrecht zu erhalten, das Wirtschaftswachstum zu fördern, die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen und den befürchteten sozialen Abstieg zu verhindern. Je besser die Ausbildung der Befragten und ihre berufliche Situation, desto geringer ihre Unzufriedenheit mit der Demokratie. Unterschichtenstatus und geringe berufliche Qualifikation korrespondieren mit einer skeptischen Sicht. Die überwiegende Mehrzahl der Befragten bekannte sich vor allen anderen – ganz im Sinne *Churchills* – zur Demokratie als bester Regierungsform, ungeachtet all ihrer Schwächen.²²

Die ablehnende Haltung gegenüber Parteien und Verbänden bedeutet nicht, dass Franzosen politisch desinteressiert sind. Im Gegenteil: 58 Prozent hatten im Jahr 2014 »großes« oder »ziemlich großes Interesse an der Politik« – ein Ergebnis, das sich seit 1983 nicht verändert hat.

Hohe Wertschätzung genießt die Republik als Verteidigerin der Freiheit.²³ Mehr als zwei Drittel der Franzosen würden für die Republik und Nation kämpfen.²⁴ Dass die Franzosen in ihrer überwiegenden Zahl keine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft wollen und schrittweise Reformen bevorzugen,²⁵ hindert sie nicht daran, beinahe kontinuierlich ihrer Unzufriedenheit über den Staat oder über die »Klasse« der Politiker in heftigen, häufig gewalttätigen Protestaktionen Luft zu machen. Der Soziologe *Emmanuel Todd* hat diese Haltung wie folgt zusammengefasst: »Unsere Tradition ist jene des spontanen Kampfes, der Revolte.« Nach wie vor ist in Frankreich »die Bereitschaft zum Dialog zwischen Regierung, Sozialpartnern und ökonomischen Interessen«, so *Gilbert Ziebura*, »wie überhaupt in der Gesellschaft, unterentwickelt.«²⁶ Und der Sozialwissenschaftler *Gérard Grunberg* merkte an: »Die politische Kultur Frankreichs ist anders als in den Ländern mit sozialdemokratischer oder liberaler Prägung; sie ist keine Kultur des Kompromisses, [sondern] der Konfrontation, die zutiefst und dauerhaft von der Französischen Revolution gezeichnet wurde.«²⁷

So hatten die gewaltsamen Unruhen des Spätherbst 2005 in der Banlieue, den Trabantenstädten mit extremer (Jugend-)Arbeitslosigkeit und Bewohnern nord- und schwarzafrikanischer Herkunft, den Charakter einer massiven Reaktion auf offensichtliche gesellschaftliche und ökonomische Diskriminierung und Benachteiligung: »Die Krawalle,« so *Emmanuel Todd*, »sind Ausdruck einer Forderung nach Integration und Egalité. Der Zorn und die Gewalt sind in Frankreich die Sprache jener, die nicht gehört werden. [...] Frankreich ist das Land der Revolution. Seit 1789.«²⁸ Überhaupt scheint sich immer wieder ein »alter französischer Reflex« Bahn zu brechen: »Wer gegen die Obrigkeit auf die Barrikaden geht, wird schon Recht haben.«²⁹ Dies zeigte sich zuletzt an zahlreichen gewalttätigen Streiks. So unterstützten im Herbst 2000 88 Prozent der Bevölkerung den Streik der *Spéditeurs* – ungeachtet der Folge, dass er zu landesweiter Benzinknappheit führte. Im Herbst 2010 bekundeten 70 Prozent der Befragten ihre Sympathie für eine Streikkampagne gegen eine von Staatspräsident *Sarkozy* betriebene und schließlich durchgesetzte Rentenreform, obwohl sie immerhin von 53 Prozent für sinnvoll gehalten wurde. Das aggressive Verhalten streikender Air-France-Beschäftigter gegenüber Mitgliedern des Managements, die tätlich angegriffen wurden, wurde im Herbst 2015 ebenfalls von einer breiten Mehrheit gebilligt. Letztlich sind Arbeitsniederlegungen ebenso wie die gewalttätigen Aktionen protestierender Landwirte bis hin zu Autobahnblockaden Ausdruck eines grundsätzlichen Misstrauens gegenüber Regierungsvorhaben, so berechtigt diese auch sein mögen. Der

Regierung sollen Grenzen aufgezeigt werden, mit ihren Reformen gewisse Grenzen nicht zu überschreiten. Im Jahr 2015 kamen in Frankreich 139 Streiktage auf je 1 000 Beschäftigte; damit lag das Land im internationalen Vergleich einsam an der Spitze.

Das in Teilen der Bevölkerung verbreitete negative Image der »classe politique« ist auch in nicht geringem Maße vom Aufdecken zahlreicher Korruptions-skandale vertieft worden, in die seit Mitte der achtziger Jahre viele führende Politiker verwickelt waren.³⁰ So waren 2015 in einer Umfrage 72 Prozent der Auffassung, Politiker seien »in der Regel eher korrupt«.³¹

Lange bekannte sich eine deutliche Mehrheit zu den Zielen und der Realität von »Europa«. Noch im Mai 2004 bekundeten zwei Drittel in einer Umfrage, sie hätten eine »positive Einstellung« gegenüber dem europäischen Einigungsprozess. Auch wurde auf nahezu allen Politikfeldern dem vereinten Europa eine größere Problemlösungskompetenz zugestanden als dem Nationalstaat. Europa wurde als Motor für die Erhaltung eines relativen Einflusses in der internationalen Politik angesehen. Vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der andauernden Massenarbeitslosigkeit sind die Zustimmungswerte zur Europäischen Union gesunken. Mitte 2014 hielten nur noch 32 Prozent der Befragten »Europa« für einen »wirtschaftlichen Trumpf«. Einen Austritt aus der EU bzw. aus der Euro-Zone lehnten aber 60 Prozent ab. Die Frage, ob die EU eine »gute Sache« sei, bejahten 2015 nur 62 Prozent. Zwar liegt dieser Wert höher als im Jahr 2014, zeigt aber die zunehmende Reserviertheit der Franzosen gegenüber dem europäischen Einigungsprozess. 62 Prozent befürworteten eine größere nationale Unabhängigkeit bei wirtschaftlichen und budgetrechtlichen Entscheidungen. Fast die Hälfte sah den Euro als Ursache für die gegenwärtige wirtschaftliche Krise an. Gleichzeitig lehnte eine klare Mehrheit von 60 Prozent das Schengen-Abkommen ab, und 64 Prozent sprachen sich für »eine Konzentration der EU auf die Gründerstaaten« aus, lehnten also die Aufnahme weiterer Staaten klar ab. Nur knapp die Hälfte war »optimistisch« hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der EU.³²

Die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages durch ein Referendum überraschte 2005 nicht wenige Politikbeobachter in Frankreich selbst wie auch in anderen EU-Staaten. Europa, so das Signal dieses Ereignisses, wurde nicht als ein wirksames Bollwerk gegen die Globalisierung (»mondalisation«), sondern vielmehr als ein Instrument des verhassten Neo-Liberalismus angesehen. Mit großem Geschick war es den Gegnern des Verfassungsvertrages gelungen, die Ängste der Franzosen vor dem neoliberalen und angelsächsisch geprägten Kapitalismus zu verteufeln und Überfremdungsängste zu schüren.

Auch noch zehn Jahre später lehnt eine klare Mehrheit von 56 Prozent die Globalisierung ab. Nur 44 Prozent sehen darin eine Chance für mehr wirtschaftliches Wachstum in Frankreich. Für 76 Prozent ist die Globalisierung eine Gefahr, durch

die sich die soziale Ungleichheit verschärfen wird. 77 Prozent sind der Meinung, sie nütze allein den Großunternehmen und sei ein Hauptgrund für die andauernde Arbeitslosigkeit.

Anhänger der Linken wie der Rechten lehnen eine Beschleunigung der europäischen Integration mehrheitlich ab. In beiden Großparteien haben Fragen der »Umsetzung der [von der Europäischen Kommission geforderten] Sparpolitiken zunehmend zu internen Spaltungen geführt«, so *Gérard Grunberg*.

Gefallen an den Institutionen der Interessenvermittlung durch Parteien und Gewerkschaften finden nur wenige. Umso mehr wenden sie sich seit rund zwei Jahrzehnten den neuen sozialen Bewegungen zu.³³ Exemplarisch waren die Massendemonstrationen im Jahr 2012 gegen die »Ehe für alle«, bei denen eine Million Gegner der sogenannten Homo-Ehe auf die Straße gingen. Aber auch die Unterstützer dieses Gesetzes konnten vergleichbare viele Demonstranten mobilisieren.

Im Gegensatz zu den europäischen Nachbarländern und den USA fasste der Massenprotest erst spät in den sechziger Jahre in Frankreich Fuß. Im Frühjahr 1968 aber radikalisierte sich die zunächst studentische Protestbewegung und eskalierte zur völligen Überraschung der Politiker im Mai schließlich zur Staatskrise: Barrikadenkämpfe in Paris, Universitäts- und Fabrikbesetzungen, schließlich ein Generalstreik, der das wirtschaftliche Leben für Wochen lahmlegte, sowie *de Gaulles* kurzzeitige »Flucht« nach Baden-Baden in das Hauptquartier der in Deutschland stationierten französischen Truppen. Enorme Lohnerhöhungen und massiver Druck der Kommunistischen Partei auf die von ihr beherrschte Gewerkschaft führten schließlich zur Wiederaufnahme der Arbeit.³⁴

Nach den Maiunruhen schoss eine große Zahl unterschiedlichster Bürgerinitiativen aus dem Boden. Mit ökologischen Forderungen, Ablehnung der Kernkraft, mit feministischen Themen, Bildungsreformen und außerberuflicher Lebensgestaltung wurden Politikfelder »besetzt«, um welche sich die zunehmender Bürgerferne verdächtige »classe politique« nicht gekümmert hatte. Allerdings ist die französische Ökologiebewegung verglichen mit der deutschen zahlenmäßig relativ schwach. Nur zwei Prozent aller Franzosen über 15 Jahre hatten sich bis 2004 in einer Umweltschutzorganisation engagiert. Auch bei der Gewichtung der Themenfelder gibt es Unterschiede: Fanden in Deutschland Protestaktionen gegen Nuklearwaffen und gegen die zivile Nutzung der Kernenergie die meiste Unterstützung, so engagierten sich Franzosen vor allem gegen Rassismus und für den Frieden. Vergleichende Untersuchungen in Frankreich und Deutschland ergaben, dass die Beteiligung an so genannten weicheren Protestformen wie Demonstrationen und Unterschriftensammlungen seit 1981 spürbar zugenommen hat. Im Gegensatz zu Deutschland kommen von militanten Minderheiten propagierte härtere Formen politischer Auseinandersetzung wie Boykotte, wilde Streiks und Gebäudebesetzungen weitaus häufiger vor.³⁵

Parallel zu solchen landesweiten Aktionsformen vollzog sich ferner ein »Repli sur soi«, ein Rückzug ins Private. Zum einen zeigt sich dieser am Stellenwert, den die Familie als Stabilitätsfaktor mit Blick auf eine als unsicher geltende Zukunft genießt. Nahezu alle Befragten bringen der Familie als Institution das meiste Vertrauen entgegen. Auch zeigen die Umfragen, dass die überwiegende Mehrheit der Franzosen (79 Prozent) mit ihrem Lebensstandard und mit dem »Leben, das sie führt, zufrieden« ist. Nur 36 Prozent befürchten den sozialen »Abstieg« in eine prekäre Existenz, 46 Prozent sind gegenteiliger Meinung; 16 Prozent waren sich in ihrer Bewertung unsicher.³⁶

Zum anderen wird der Rückzug ins Private durch ein Engagement in Bereichen deutlich, die die Bürger unmittelbar betreffen: Beispiele sind Sport- und Freizeitklubs, örtliche Initiativen, die etwa in Eigenarbeit Sportanlagen errichten, gemeinnützige Organisationen, die zum Zwecke privater Sozialhilfe und Krankenpflege gegründet wurden, oder Gruppierungen, die um einen besseren lokalen Umweltschutz bemüht sind. So üben zwölf Millionen Franzosen eine ehrenamtliche Tätigkeit aus; acht von zehn der über 15-jährigen sind Mitglied in einem Sportclub, einem Kultur- bzw. Musikverein oder sie engagieren sich für humanitäre und nachbarschaftliche Hilfen.

Mittlerweile wird die Zahl der häufig kurzlebigen Bürgerinitiativen auf etwa 730 000 geschätzt. Dies ist für eine Nation, die der freiwilligen Sozialarbeit stets reserviert gegenüberstand, ein beinahe schon »revolutionärer« Vorgang, der sich nur mit der Reaktion auf die Modernisierungsschübe seit Beginn der V. Republik mit all ihren sozialen Verwerfungen, aber mit den kaum lösbaren Problemen der ökonomischen Krise erklären lässt.

Die Terrorwelle des Jahres 2015 mit fast 150 Todesopfern löste einen Schock aus. Eine große Mehrheit der Franzosen sieht sich durch die von jungen französischen Muslimen begangenen Taten bedroht. Das Verhältnis zu den schätzungsweise sechs Millionen Muslimen³⁷ ist für viele »waschechte« Franzosen (*français de souche*) tief gestört.³⁸

Zwar wies im Januar 2015 eine breite Mehrheit der Befragten eine generelle Verbindung von Islam und Gewalt zurück und weigerte sich strikt, die in Frankreich lebenden Muslime unter »Generalverdacht« zu stellen. Für 57 Prozent ist »diese Religion ebenso friedfertig wie die anderen«, der Dhihadismus sei eine »Perversion«. Andererseits beunruhigen eben diese »Entgleisungen« und die Attraktivität einer militant-islamistischen Ideologie für zahlreiche junge Franzosen mit (insbesondere nordafrikanischem) Migrationshintergrund vor allem in den desolaten Vorstädten immer mehr Bürger.³⁹

Für *Jérôme Fourquet*, Forschungsdirektor am Pariser Ifop-Institut resultiert die »Fassungslosigkeit und Angst« seiner Mitbürger nach den Attentaten aus der Erkenntnis, »dass Frankreichs Elendsviertel nicht mehr länger aufständische Steine-

werfer hervorbringen, sondern Terroristen mit Kalaschnikows. [...] Die meisten Täter von Paris hatten einen französischen Pass – allesamt Kinder dieser Republik. [...] Die Attentate haben uns gezeigt, dass unser Modell der Integration gescheitert ist.«⁴⁰ Während Staatspräsident *Hollande* nach den Morden am 13. November 2015 den Ausnahmezustand verhängte und davon sprach, Frankreich befinde sich im Krieg gegen den »Islamischen Staat« als Anstifter der Attentate und er werde dessen Stellungen in Syrien bombardieren lassen, sprach Premierminister *Valls* im Januar 2015 mit Blick auf die Problemstädte von »einer terroristischen, sozialen und ethischen Apartheid«. Die Vororte insbesondere im Nordosten von Paris, aber auch um andere Großstädte sind in seinen Augen »Gettos«, die mit ihrer hohen Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit für viele junge Muslime den Nährboden für radikale Islamisten abgeben. Mit teilweise über 40 Prozent Arbeitslosigkeit für 18- bis 24-Jährige, schlechter Schulbildung, nur rudimentärer, wenn überhaupt Berufsausbildung, häufigen Diskriminierungen bei Polizeikontrollen protestieren diese Jugendlichen gegen die Gesellschaft als solche und haben den Glauben an das von Politikern immer wieder beschworene Ideal der Gleichheit verloren.⁴¹ Sie wenden sich seit Anfang des Jahrhunderts verstärkt ihrem Glauben zu, der den Idealen der Republik meist ablehnend gegenübersteht. Im Gegensatz zur Mehrheit der in den 60er und 70er Jahren eingewanderten Maghrebinern befolgen diese jungen Muslime mehrheitlich strikt die islamischen Gebote. Für den Islamforscher *Gilles Kepel* stellt die Religion für viele junge Vorstadtbewohner eine Art von »Kompensation« für die anhaltend schlechten Lebensumstände und Benachteiligungen dar, für die sie die Republik, also Frankreich verantwortlich machen.⁴² Die Indoktrination der Attentäter durch salafistische Imane, ihr Abgleiten in die Kriminalität (meist Drogenhandel) und anschließende Haftaufenthalte waren zumindest für die Pariser Attentäter im Jahr 2015, aber auch schon bei den Morden in anderen Städten seit 2005 der Hintergrund für ihren Hass auf die sie vermeintlich benachteiligende Gesellschaft.⁴³ Dass die allerüberwiegende Mehrheit der in Frankreich lebenden Moslems diese verabscheuungswürdigen Taten auf das Schärfste verurteilt, steht außer Zweifel. Die Angst ihrer Mitbürger vor islamistischem Fanatismus à la française kann aber nicht gemindert werden. Für diese Franzosen »de souche« ist die Laizität ein Grundpfeiler der demokratischen Werte. Für 27 Prozent der Befragten garantiert sie Gewissensfreiheit, stellt sie alle Religionen auf die gleiche »Basis« und »verbannt« den Einfluss gleich welcher Religion in der Gesellschaft in die Privatsphäre. Folglich sehen vier von fünf Bürgern das republikanische Ideal u. a. durch das ostentative Tragen von Ganzkörperverschleierungen, das Tragen der Niqab, aber auch durch Finanzhilfen des Staates für den Bau von Moscheen gefährdet.⁴⁴ Anfang 2015 bekundeten nur 32 Prozent, der Islam sei kompatibel mit den Gesetzen der Republik; nach den Attentaten des Jahres 2015 gaben 73 Prozent an, ein negatives Bild von dieser Religion zu haben.⁴⁵

Das Attentat eines islamistischen Tunesiers mit Aufenthaltsrecht in Frankreich am Nationalfeiertag 2016 mit 84 Toten und über 200 Schwerverletzten auf der Promenade des Anglais in Nizza hat das angespannte Verhältnis zwischen den beiden größten Bevölkerungsgruppen zusätzlich belastet.

Lösungen, um den fundamentalistischen Gruppierungen in den trostlosen Vorstädten den Boden zu entziehen, bieten weder *Hollande* mit seinen martialischen Anti-Terror-Worten noch *Valls* mit seinem Apartheid-Verweis an.⁴⁶ Wenn es nicht gelingt, auch den jungen französischen Moslems Ausbildungs- und Berufsangebote anzubieten – sofern ein entsprechender Schulabschluss vorliegt –, ihnen das Gefühl zu geben, sie hätten weitgehend die gleichen Chancen wie ihre Altersgenossen in gehobenen Wohnvierteln dürfte ein anhaltendes Abgleiten dieser Generation der »Ausgeschlossenen« in gewalttätige Aktionen vorprogrammiert sein. Den republikanischen Werten und den unzulänglichen Integrationsangeboten stehen die jungen radikalisierten moslemischen Franzosen ablehnend gegenüber. Es ist Aufgabe von Staat und Gesellschaft, die überwiegend friedliche Mehrheit dieser Jugendlichen durch entsprechende Bildungs- und Fördermaßnahmen den Idealen der Republik (wieder) näherzubringen.

Emmanuel Todd wendet sich in seinem Buch »Wer ist Charlie?« gegen die Herabwürdigung religiöser Symbole oder Personen beispielsweise durch Karikaturen, denn dies führe nur zu einer weiteren Entfremdung zwischen den »Kindern« der Nation. Bräuche und Verhaltensweisen französischer Muslime sind zu respektieren. »Das Einvernehmen mit dem Islam zu suchen, ist selbst bei geringsten Erfolgsaussichten akzeptabel, weil die Konfrontation mit ihm zu 100 Prozent scheitert.«⁴⁷

Das politische System Frankreichs

Kempf, U.

2017, XXIV, 410 S. 11 Abb., 4 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-08207-9